

SWP-Aktuell

NR. 6 FEBRUAR 2026

US-Verteidigungspolitik zwischen Isolationismus und Dominanzstreben

Widersprüche in Washington erfordern eine klare Antwort Europas

Marco Overhaus

Die US-amerikanische Verteidigungspolitik ist von Widersprüchen gekennzeichnet, die sich auch in den jüngsten Strategiedokumenten der Trump-Administration widerspiegeln. Die Ursachen dafür liegen weit tiefer als nur im erratischen Verhalten des Präsidenten. Im Kern geht es um die unbeantwortete Frage, wie die USA mit dem Verlust globaler Dominanz umgehen sollen. Für Europa liegen in dieser Gemengelage nicht nur Risiken, sondern auch Chancen. Die Politik sollte hierzulande dennoch nicht der trügerischen Hoffnung erliegen, dass die Nato in ihrer jetzigen Form auch die zweite Amtszeit von Trump überdauern wird.

Seit dem erneuten Amtsantritt Donald Trumps im Januar 2025 herrscht in Berlin und den Hauptstädten anderer US-Verbündeter ein hohes Maß an Verunsicherung über den verteidigungs- und bündnispolitischen Kurs Amerikas. Die Signale aus dem diplomatischen und militärischen Apparat in Washington sowie aus dem US-Kongress widersprechen oft den Impulsen des Präsidenten. Das ist etwa mit Blick auf amerikanische Besitzansprüche auf Grönland deutlich geworden. Auch die jüngst von der Trump-Administration veröffentlichten Strategie-Dokumente lassen viele Fragen offen.

Strategische Dissonanzen

Die Nationale Sicherheitsstrategie (National Security Strategy, NSS 2025) vom November 2025 unterscheidet sich im Ton und teilweise auch in der Substanz von der im Januar 2026 veröffentlichten Nationalen Verteidigungsstrategie (National Defense Strategy, NDS 2026). Die Divergenzen hängen nicht zuletzt mit unterschiedlichen Autorenschaften und Zweckbestimmungen der Dokumente zusammen. Die NSS wird maßgeblich im Weißen Haus bzw. im Nationalen Sicherheitsrat verfasst, für das Erstellen der NDS ist dagegen das Verteidigungsministerium zuständig. Während beide Strategien die politischen Leitlinien Trumps widerspiegeln, legt die NSS den Akzent wesentlich nachdrücklicher auf dessen innenpolitische und ideologische



Agenda. Sowohl die NSS als auch die NDS unterstreichen zwar grundsätzlich die Bedeutung der US-Bündnisse, die Sicherheitsstrategie enthält jedoch einen verbalen Generalangriff gegen das liberale Europa. Sie richtet sich in erster Linie gegen die EU. In Zweifel gezogen wird aber auch die bisherige Wertgrundlage der Nato.

Hinzu kommt, dass die NDS 2026 keine konkreten Rückschlüsse auf die Größe, Ausrichtung, Entsendung und die Stationierungen von US-Truppen und Kriegsgerät in Europa und anderen Weltregionen zulässt. Auch das befeuert Unsicherheiten über den künftigen bündnispolitischen Kurs Washingtons.

Die Widersprüche in der amerikanischen Verteidigungspolitik treten unter Trump besonders deutlich zutage, ihre Ursachen liegen jedoch viel tiefer. Die USA ringen nämlich seit einem Vierteljahrhundert damit, wie sie mit dem Ende des »unipolaren Moments« umgehen sollen. Die Folgen des 11. September 2001, die Überdehnung im »Krieg gegen den Terrorismus« und der machtpolitische Aufstieg Chinas haben in Washington ein hohes Maß an Verunsicherung geschaffen. Dabei haben drei unterschiedliche Ansätze den Umgang mit dem Verlust globaler Dominanz geprägt.

Der erste Ansatz beruht auf einer opportunistischen Sicht auf den Einsatz militärischer Gewalt. Dabei geht es in erster Linie darum, nach Innen und Außen »Stärke« zu demonstrieren sowie kurzfristige, eng definierte Ziele zu erreichen. Zugleich sollen militärische Risiken minimiert und langwierige sicherheitspolitische Verwicklungen vermieden werden. Ein klassisches Beispiel dafür sind die Drohnen- und andere »Präzisionsschläge« im Krieg gegen den Terrorismus seit 2001 sowie jüngst die Militärschläge gegen angebliche Drogenboote oder die Militäroperation zur Entführung des venezolanischen Machthabers Nicolás Maduro.

Eng mit dem ersten Ansatz verbunden und dennoch davon zu unterscheiden ist der Isolationismus, zu dem heute nicht nur die MAGA-Bewegung tendiert. Dahinter steht die Überzeugung, dass die Kosten glo-

balen Dominanzstrebens den Nutzen deutlich übersteigen und sich Amerika möglichst weitgehend aus internationalen Verwicklungen und Allianzen herausziehen sollte. Drittens schließlich findet insbesondere im Verteidigungsapparat der Ansatz eines selektiven Hegemoniestrebens wichtige Fürsprecher. Er zielt darauf ab, Macht und Einfluss Amerikas dadurch zu erhalten, dass die USA einerseits massiv in ihr Militär investieren und sich andererseits auf strategische Kernregionen konzentrieren.

Diese drei Ansätze existieren manchmal parallel nebeneinander und manchmal verbinden sie sich auch, wie zuletzt bei der Wiederentdeckung der »Westlichen Hemisphäre«.

Bei grundlegenden sicherheitspolitischen Fragen treten die Widersprüche zwischen ihnen jedoch offen zutage. Isolationismus und Opportunismus weisen in Richtung einer Abkehr von dauerhaften Bündnissen und Partnerschaften. Diese beiden Leitlinien gestehen anderen Großmächten zudem ihre eigenen regionalen Einflussphären zu. Selektives Hegemoniestreben dagegen ist darauf ausgerichtet, die Dominanz Chinas in Asien und Russlands in Europa zu verhindern. Der Ansatz setzt daher auch ein Mindestmaß an Akzeptanz bei Bündnispartnern und an Unterstützung von deren Seite voraus.

Wiederentdeckung der Westlichen Hemisphäre

Sowohl die jüngste Nationale Sicherheits- als auch die Nationale Verteidigungsstrategie räumt der Wiederherstellung US-amerikanischer Dominanz in der »Westlichen Hemisphäre« höchste Priorität ein. Die Neuauflage der Monroe-Doktrin von 1823 bezieht sich bei Trump auf den gesamten Raum von der Südspitze Südamerikas bis in den Hohen Norden, einschließlich Grönlands.

Die Rückbesinnung auf das Hemisphären-Denken des 19. Jahrhunderts unter Trump war allerdings keineswegs erwartbar oder naheliegend. So geht die NSS der ersten

Trump-Administration (Dezember 2017) erst gegen Ende des Dokuments auf die Westliche Hemisphäre ein. In der Rangfolge geografischer Prioritäten stand die Region damals noch an fünfter Stelle – gefolgt nur noch von Afrika. Auch andere US-Administrationen nach dem Ende des Kalten Krieges betrachteten die Westliche Hemisphäre als deutlich nachrangig hinter Europa, Asien und dem Mittleren Osten. Bis heute verfügen die USA außerhalb ihrer eigenen Grenzen in der Region nur über eine geringe militärische Präsenz. In Zentral- und Südamerika, inklusive der Karibik, unterhält Washington einen Marinestützpunkt in Guantanamo Bay, Kuba, sowie den Luftwaffenstützpunkt Soto Cano Air Base in Honduras. Hinzu kommen kleine Stützpunkte (sogenannte *Cooperative Security Locations*) in El Salvador und Curaçao. Auf Grönland haben die USA ihre militärische Präsenz seit dem Kalten Krieg stark reduziert auf zuletzt eine einzige Militärbasis, die Pituffik Space Base mit etwa 100 Personen und einem Radar zur Überwachung des Weltraums.

Selbst zu Beginn von Trumps zweiter Amtszeit schien das geopolitische Konzept der Westlichen Hemisphäre noch keinen hohen Stellenwert für die Außen- und Sicherheitspolitik der neuen US-Administration zu haben. Medienberichte über die nicht öffentliche Interim-Verteidigungsstrategie (*Interim National Defense Strategic Guidance*) von Verteidigungsminister Pete Hegseth vom Frühjahr 2025 legen dies jedenfalls nahe. In Trumps erstem Haushaltsentwurf für das Pentagon aus dem Sommer 2025 spielte die Westliche Hemisphäre ebenfalls noch eine untergeordnete Rolle.

Im Zusammenhang mit der offensichtlich von langer Hand vorbereiteten Militäroperation in Venezuela zur Entführung des Machthabers Nicolás Maduro und dessen Frau hat Washington die amerikanische Militärpräsenz in der Karibik und im östlichen Pazifik deutlich aufgestockt. Zwischenzeitlich umfasste die Operation Southern Spear nach Zählung des Center for Strategic and International Studies

knapp 40 Prozent aller Schiffe, welche die US-Marine weltweit im Einsatz hält. Es ist allerdings nicht ersichtlich, ob daraus auch eine dauerhafte Präsenz werden soll, zumal dies mit erheblichen Reduzierungen in anderen Weltregionen, vor allem Asien, einhergehen würde.

Die Wiederentdeckung der Westlichen Hemisphäre als integraler Sicherheitszone durch Trump dürfte wesentlich damit zusammenhängen, dass in dieser Region geopolitische und innenpolitische Handlungslogiken ineinandergreifen. In geopolitischer Hinsicht handelt es sich um eine Art »Ausweichstrategie« vor dem Hintergrund, dass die USA selbst mit ihrem weiterhin gigantischen Verteidigungshaushalt keine Möglichkeit mehr sehen, eine global dominante Macht zu sein.

In der eigenen Hemisphäre jedoch können die USA weiterhin die unangefochtene Vorherrschaft beanspruchen – und dies mit verhältnismäßig geringem sicherheitspolitischem und militärischem Risiko. So gibt es in der Region keine Militär-, geschweige denn eine Nuklearmacht, die den USA wirklich gefährlich werden könnte. Es ist aufgrund der geografischen Nähe zudem leichter, der Präsenz Chinas oder Russlands in der eigenen Weltregion entgegenzutreten als in Asien respektive Europa. Anders als in der Taiwan-Straße existiert kein Arsenal an modernen Mittelstreckenraketen, das US-amerikanische Flugzeugträger ernsthaft bedrohen könnte.

Die Widersprüchlichkeiten zwischen den Äußerungen und Impulsen Trumps und den Signalen aus anderen Teilen der Administration treten auch mit Blick auf das Westliche-Hemisphären-Konzept zutage. So hat der US-Präsident im zeitlichen Zusammenhang mit der Militäroperation in Venezuela auch Mexiko zumindest implizit gedroht und bereits zuvor den nördlichen Nachbarn Kanada vor den Kopf gestoßen, indem er von dem Land als 51. Bundesstaat phantasierte. In der Nationalen Verteidigungsstrategie sind dagegen deutlich konziliantere Aussagen über diese beiden Länder zu lesen. Sowohl Mexiko als auch Kanada wird dort eine »wichtige Rolle in

der Verteidigung der Hemisphäre« zugestanden. Mit Blick auf Panama und Grönland ist nicht die Rede davon, diese Gebiete »zu besitzen«, sondern lediglich davon, dass die USA auf der Bewahrung ihres militärischen und wirtschaftlichen Zugangs bestehen. Letzteres ist zumindest prinzipiell mit der territorialen Souveränität Panamas sowie Dänemarks vereinbar.

Isolationistische Impulse und opportunistische Interventionen

Zugleich folgt die neue Fokussierung auf die Westliche Hemisphäre auch einer innenpolitischen Logik. So lässt sich das Streben nach Dominanz mit einer politischen Agenda verknüpfen, die nicht zuletzt in MAGA-Kreisen verfangen und vor allem auf den Schutz der eigenen Grenzen abzielen soll: der Kampf gegen den Drogenhandel sowie eine harte Migrationspolitik. Hinzu kommt das Versprechen, durch billige Energie die Lebenshaltungskosten in den USA unter Kontrolle zu halten. Die großen Ölreserven Venezuelas passen in dieses Narrativ, auch wenn es zumindest kurz- und mittelfristig zweifelhaft erscheint, dass die USA von deren Ausbeutung wirtschaftlich profitieren werden.

Des Weiteren ist der Rekurs auf das Konzept der Westlichen Hemisphäre eng mit der Heimatverteidigung (Homeland Defense) verknüpft. Es ist per se natürlich nicht neu, dass die USA dem Schutz ihres eigenen Territoriums oberste Priorität einräumen. Neu unter Trump ist jedoch, dass das US-Militär eine herausgehobene Rolle beim Grenzschutz sowie zunehmend auch bei der inneren Sicherheit übernehmen soll, also bei Aufgaben, die traditionell anderen Sicherheitsorganen und Behörden obliegen. Das spiegelt sich auch in den Exekutivanordnungen wider, die Trump zu Beginn seiner zweiten Amtszeit erlassen hat. Die irreguläre Migration wird vor allem in der Rhetorik Trumps zu einer Bedrohung stilisiert, die einer militärischen Invasion durch feindliche Mächte gleichkommt und dementsprechend auch den Einsatz des

Militärs an der Grenze sowie im Innern rechtfertigt.

Insbesondere der Einsatz der Nationalgarde in von Demokraten regierten Städten wie Los Angeles, Washington, D.C., und Chicago hat das innenpolitische Klima in den USA erheblich angeheizt. Gemessen an der Gesamtgröße der US-Streitkräfte fällt der Umfang der für den Grenzschutz und die Einsätze in amerikanischen Städten mobilisierten Soldaten kaum ins Gewicht. Die Nationalgarden sind sowohl Teil der US-Streitkräfte als auch Milizen der Bundesstaaten. In politischer Hinsicht jedoch war die Entscheidung Trumps zu deren Entsendung durchaus bedeutsam, weil sie das US-Militär ins Zentrum innenpolitischer Auseinandersetzungen gerückt hat. Dabei gehört die politische Neutralität der Streitkräfte eigentlich zu deren konstituierenden Merkmalen.

Hinzu kommt, dass der Schutz des US-Territoriums unter Trump deutlich stärker als unter früheren US-Administrationen vom globalen Engagement der USA entkoppelt wird. Frühere US-Administrationen folgten der Maxime, dass der Schutz der eigenen Heimat nicht erst an den Außengrenzen der USA beginnt, sondern globale Bündnisse erfordere (Allianzen als *Shields of the Republic*). Die Trump-Regierung orientiert sich nur noch in einem deutlich geringeren Maße an diesem Leitgedanken.

Dieser Wandel wird in besonders auffälliger Form sichtbar durch die Fokussierung der nuklearen Abschreckung auf die Heimatverteidigung in der NDS 2026. Von der »erweiterten nuklearen Abschreckung«, die auch die Verbündeten in Europa und Asien einschließt, ist in dem Strategiedokument keine Rede. Eine neue Nuklearstrategie (Nuclear Posture Review) könnte diesbezüglich mehr Klarheit schaffen, bislang ist jedoch unklar, ob bzw. wann sie kommen wird. Auch die Pläne für den »Golden Dome«, einen massiven Ausbau der nationalen Raketenabwehr, zielen dem Wortlaut der NDS 2026 zufolge vor allem auf den Schutz des amerikanischen Kernlands ab und weniger darauf, US-amerikanische Sicherheitszusagen gegen-

über den Verbündeten und Partnern zu stärken.

Durchaus bemerkenswert vor dem Hintergrund der Drohgebärden des US-Präsidenten gegenüber Venezuela und Iran ist schließlich, dass die Trump-Administration in ihren Strategiedokumenten dem gewaltsamen Umsturz unliebsamer Regime (Regime Change) und Nation-Building-Interventionen eine Absage erteilt. Diese Wende steht im Einklang mit den sicherheitspolitischen Leitmotiven der MAGA-Bewegung und wird zugleich – nach den Erfahrungen in Afghanistan und im Irak – in den USA überparteilich von einer großen Mehrheit unterstützt.

Die Entscheidungen Trumps zum Einsatz militärischer Gewalt in Iran (Operation Midnight Hammer), Venezuela und Nigeria decken sich mit den Leitmotiven des opportunistischen Ansatzes, der auch früheren US-Administrationen keineswegs fremd war. Demnach demonstrieren die USA Stärke, wenn der erwartbare (auch innenpolitische) Nutzen groß und die militärischen Risiken gering sind. Dieses Handlungsmuster entspricht Trumps Vorstellung von Stärke und eignet sich – ebenso wie Zölle – dazu, Druck auf andere Länder auszuüben. Langfristige sicherheitspolitische und militärische Verwicklungen sollen dabei jedoch in jedem Fall vermieden werden.

Selektives Hegemoniestreben und die *Strategy of Denial*

Die vom US-Verteidigungsministerium verfasste NDS 2026 macht deutlich, dass sich die USA keineswegs darauf beschränken wollen, ihr eigenes Kernland zu schützen und die Westliche Hemisphäre zu dominieren. Sie wollen im Sinne eines selektiven Hegemoniestrebens auch in anderen Weltregionen weiterhin Einfluss ausüben. Das Streben nach Vorherrschaft in der Westlichen Hemisphäre geht aus Sicht des Pentagon nämlich nicht ausdrücklich damit einher, China und Russland jeweils eigene Einflussphären in Asien respektive Europa

zuzugestehen. Dabei wird allerdings einzig China der Wille und die Fähigkeit zugestanden, eine regionale oder gar globale Dominanz zu etablieren.

Das Bestreben, China eine hegemoniale Rolle in Asien zu verwehren, ist mit der sogenannten *Strategy of Denial* umschrieben worden. Elbridge Colby hat diese Strategie bereits vor einigen Jahren in dem gleichnamigen einflussreichen Buch ausführlich dargelegt. Als Under-Secretary of Defense for Policy im US-Verteidigungsministerium ist er maßgeblich für die Erarbeitung der NDS 2026 verantwortlich gewesen.

Die Grundannahme der *Strategy of Denial* lautet, dass die USA zwar nicht mehr über die militärischen Möglichkeiten verfügen, um global dominant zu sein. Durch die prioritäre Hinwendung nach Asien hätten sie jedoch durchaus die Mittel, für ein Gleichgewicht der Kräfte zu sorgen, das den amerikanischen Interessen dient. Dazu benötigten die USA weiterhin erhebliche militärische Fähigkeiten sowie die Unterstützung ihrer regionalen Verbündeten.

Die bisherigen Budgetansätze der Trump-Administration spiegeln diese sicherheitspolitische Strategie wider. So sah der Etatentwurf für das Haushaltsjahr 2026 erstmals Verteidigungsausgaben von fast einer Billion US-Dollar vor, was nach Angaben des Pentagon einer Steigerung von circa 13 Prozent entspräche. Für das Haushaltsjahr 2027 hat Verteidigungsminister Hegseth gar eine Steigerung auf 1,5 Billionen US-Dollar in Aussicht gestellt. Ein Schwerpunkt der geplanten Ausgaben liegt auf großen und teuren Rüstungsprojekten, an denen auch Trump großes Gefallen hat. Dazu zählen die nächste Generation von (bemannten) Kampfflugzeugen (Projekttitel »F-47), ein deutlicher Aufwuchs der Marine (»Golden Fleet«), inklusive neuer Schlachtschiffe (Projektbezeichnung »Trump-Klasse«), und der Raketenabwehrschirm »Golden Dome«.

Darüber hinaus wollen die USA stark in den Aufbau der Munitionsreserven, in KI- und Drohnenfähigkeiten sowie in die weitere Modernisierung ihres Nuklearwaffenarsenals investieren. In der Gesamt-

schau signalisieren diese angepeilten Ausgaben die klare Absicht, das US-Militär weiterhin auf hochintensive Konflikte, insbesondere gegen einen ebenbürtigen Konkurrenten wie China, vorzubereiten. Die enormen Ausgabensteigerungen und Priorisierungen gigantischer Rüstungsprojekte lassen sich jedenfalls nicht alleine mit dem Streben nach Dominanz in der Westlichen Hemisphäre und dem Schutz des eigenen Territoriums begründen.

Im Verhältnis zu China treten die Brüche und Widersprüche der US-Verteidigungspolitik unter Trump deutlich zutage. Bei der *Strategy of Denial* spielt die Verteidigung Taiwans eine zentrale Rolle. Wie Colby in seinem Buch darlegt, muss Taiwan (zusammen mit den Philippinen) als das schwächste Glied in der »anti-hegemonialen« Koalition gegenüber der Volksrepublik gelten. Vieles spricht denn auch dafür, dass der Inselstaat in der US-Verteidigungsplanung weiterhin einen wichtigen Platz einnimmt. Die bereits erwähnte *Interim Strategic Guidance* von Hegseth betrachtete einen möglichen Angriff auf Taiwan denn auch als maßgebliches Szenario für das Auftrags-, Struktur- und Fähigkeitendesign der US-Streitkräfte.

Die nun veröffentlichte Version der Nationalen Verteidigungsstrategie erwähnt Taiwan dagegen nicht mehr. Es wird lediglich indirekt darauf hingewiesen, dass die USA weiterhin die Verteidigungsfähigkeit entlang der ersten Inselkette anstreben, zu der auch Taiwan gehört. Zwar gilt der indopazifische Raum auch in der NDS als zentral für US-amerikanische Interessen und die enormen Rüstungsanstrengungen Chinas werden wie in früheren US-Strategiedokumenten mit großer Besorgnis betrachtet; allerdings ist der Ton in Richtung Peking auffallend konziliant und bezeugt ein Bemühen um Entspannung. Im Verhältnis zu China strebt die Trump-Administration offenbar den Abbau von Konflikten, Deeskalation und »strategische Stabilität« an. Insgesamt scheint Trumps Politik gegenüber Peking mehr von seiner handelspolitischen Agenda als von geopolitischen Interessen getrieben zu sein.

Europa: Nachrangig, aber nicht irrelevant

Die neue Verteidigungsstrategie räumt Europa wie erwartet einen nachrangigen Platz auf der amerikanischen Prioritätenliste ein. Russland wird anders als China im Indo-Pazifik nicht die Fähigkeit zuerkannt, die politischen und wirtschaftlichen Machtzentren des Kontinents zu dominieren. Allerdings wird herausgestellt, dass das russische Atomwaffenarsenal, die Unterwasser-, Weltraum- und Cyberkapazitäten eine Bedrohung auch für das US-amerikanische Staatsgebiet darstellen.

Es entspricht dem Ansatz des selektiven Hegemoniestrebens, dass die USA in Europa vor allem ihre Verbündeten in der Verantwortung sehen, Russland abzuschrecken. Zugleich bedeutet dies aber auch, dass sich die USA weiterhin stark auf die Nato stützen, um sich den Rücken mit Blick auf ihre eigentlichen Prioritäten freizuhalten. Entsprechend unterstreicht die NDS 2026, dass das Verteidigungsministerium in der Nato weiterhin eine »unverzichtbare Rolle« (*vital role*) spielen werde. Interessant ist in diesem Zusammenhang, dass die Verteidigungsstrategie den im Bündnis etablierten und weithin geteilten Begriff der Lastenteilung (*burden-sharing*) verwendet und nicht den deutlich konfliktgeladeneren Ausdruck Lastenverschiebung (*burden-shifting*).

Diese gegenüber der Nato und anderen Bündnissen wohlwollenden Formulierungen in der Verteidigungsstrategie widersprechen jedoch ganz offensichtlich der Rhetorik und dem Handeln Trumps, der zuletzt sogar bereit war, wegen seiner Besitzansprüche auf Grönland den offenen Bruch der Allianz zu riskieren. Sie widersprechen auch der ideologisch-aggressiven Tonlage der im Weißen Haus geschriebenen Nationalen Sicherheitsstrategie, die für Europa unter anderem die Gefahr der »zivilisatorischen Auslöschung« an die Wand malt. Laut NSS sind langfristig auch die Grundlagen der Allianz dadurch gefährdet, dass die Bevölkerungen einiger Nato-Staaten mehrheitlich »nicht-europäisch« würden.

Während jedoch wichtige Akteure im Verteidigungskomplex und im US-Kongress den Wert der Nato weiterhin zu schätzen wissen, ist die Lage für die Ukraine deutlich prekärer. Trumps Hang zu einem opportunistischen Ansatz beim Einsatz des Militärs – Maximierung eines kurzfristigen, vor allem innenpolitischen Nutzens und Minimierung sicherheitspolitischer Risiken – lässt Zweifel aufkommen, dass etwaige »Sicherheitsgarantien« gegenüber der Ukraine tragfähig wären, sollte die Trump-Administration diese tatsächlich im Rahmen eines zukünftigen Waffenstillstands gewähren.

Vor dem Hintergrund dieser Widersprüchlichkeiten richtet sich das Augenmerk Berlins und anderer europäischer Hauptstädte auf Stationierungsentscheidungen der USA im Hinblick auf Europa. Dazu liefert die NDS 2026 jedoch keine konkreten Hinweise. Immerhin kursierten im Sommer 2025 zeitweise Gerüchte, dass Trump die US-Truppenpräsenz in Europa um bis zu 30 Prozent reduzieren könnte. Ermutigend erscheinen dagegen die Signale aus dem US-Kongress. Im Dezember 2025 verabschiedete dieser mit Unterstützung beider Parteien ein Gesetz zum Verteidigungshaushalt, das unter anderem einen substantiellen Abzug von US-Truppen (unter die Grenze von 76.000) verhindern soll. Das Gesetz spiegelt darüber hinaus auch die fortdauernde Unterstützung beider Parteien für die Ukraine wider, wenngleich es lediglich 800 Millionen US-Dollar an neuen Militärhilfen für die kommenden zwei Jahre vorsieht.

Allerdings bleibt abzuwarten, welche konkreten Entscheidungen die Trump-Administration in den kommenden Wochen und Monaten treffen wird. Ein Lackmustest könnte dabei die bereits unter Amtsvorgänger Joe Biden beschlossene Stationierung von US-amerikanischen Mittelstreckenwaffen in Deutschland sein. Sie soll nach bisherigen Plänen 2026 vollzogen werden. Konservative Stimmen in den USA hatten diesen Stationierungsbeschluss kritisiert, weil er nach ihrer Meinung nur schwer mit dem Ziel vereinbar sei, die US-Rolle in der

europäischen Sicherheit zu reduzieren. Bei den Mittelstreckenwaffen handele es sich vielmehr um Offensivwaffen, die Russland nur provozieren, aber nicht effektiv abschrecken würden. Aus Sicht der damaligen und heutigen deutschen Bundesregierung wäre deren Stationierung dagegen nicht nur ein Signal der Abschreckung gegenüber Russland, sondern auch für die Fortdauer der transatlantischen Verbundenheit.

Ausblick

Für Europa und die Nato ergeben sich aus dieser Gemengelage Chancen und Risiken. Einerseits zeigen die genannten Widersprüche, dass die Verteidigungspolitik der USA in zentralen Bereichen weiterhin von nationalen Interessen geleitet ist. Dieser Umstand setzt selbst in Zeiten von Trump radikalen Veränderungen gewisse Grenzen. Das gilt nicht zuletzt für die militärische Präsenz der USA in der Welt. In diesem Sinne gilt: »posture is sticky«. Bei einer radikalen Abkehr von der Nato und einem signifikanten Truppenabzug aus Europa müsste Trump mit spürbarem innenpolitischem Widerspruch aus dem Militärapparat und dem Kongress rechnen. Der zumindest verbale Rückzug Trumps in Sachen Grönland und Strafzöllen beim Weltwirtschaftsforum in Davos im Januar 2026 dürfte nicht zuletzt auch auf diese innenpolitischen Faktoren zurückzuführen sein.

Andererseits lassen alle drei Ansätze des Umgangs mit dem Verlust globaler Dominanz – der Opportunismus, Isolationismus und das selektive Hegemoniestreben – Zweifel an der künftigen Rolle der USA als Sicherheitsgarant Europas aufkommen. Europa fällt so oder so in der geopolitischen Prioritätenliste Amerikas ab.

Für die kommenden drei Jahre kommt erschwerend der wenig planvolle Politikstil Donald Trumps hinzu. Dieser lässt es fraglich erscheinen, ob Washington tatsächlich – wie im Sommer 2025 vom US-Botschafter bei der Nato, Matthew Whitaker, zugesagt – willens oder in der Lage ist, etwaige Reduzierungen des US-Militärs in



Dieses Werk ist lizenziert
unter CC BY 4.0

Das Aktuell gibt die Auf-
fassung des Autors wieder.

In der Online-Version dieser
Publikation sind Verweise
auf SWP-Schriften und
wichtige Quellen anklickbar.

SWP-Aktuells werden intern
einem Begutachtungsverfahren,
einem Faktencheck und
einem Lektorat unterzogen.
Weitere Informationen
zur Qualitätssicherung der
SWP finden Sie auf der SWP-
Website unter [https://www.
swp-berlin.org/ueber-uns/
qualitaetssicherung/](https://www.swp-berlin.org/ueber-uns/qualitaetssicherung/)

SWP

Stiftung Wissenschaft und
Politik
Deutsches Institut für
Internationale Politik und
Sicherheit

Ludwigkirchplatz 3–4
10719 Berlin
Telefon +49 30 880 07-0
Fax +49 30 880 07-100
www.swp-berlin.org
swp@swp-berlin.org

ISSN (Print) 1611-6364
ISSN (Online) 2747-5018
DOI: 10.18449/2026A06

Europa planvoll, abgestimmt und »ohne
Überraschungen« zu vollziehen, so dass
keine Fähigkeitslücken entstehen.

Umso wichtiger ist, dass Nato-Europa der
strategischen Dissonanz der USA eine
eigene klare Strategie entgegensetzt, die auf
eine wohldurchdachte und ambitionierte
Übernahme von deutlich mehr Verantwor-
tung für die eigene Verteidigung abzielt.
Die Chancen stehen nicht schlecht, dass
dies auch innerhalb der Allianz gelingen
kann, weil maßgebliche Kräfte im US-
amerikanischen Verteidigungsestablish-
ment und im Kongress weiterhin keinerlei
Interesse am deren Zerfall haben.

Keinesfalls sollte diese Erkenntnis jedoch
erneut — wie bereits nach dem Amtsantritt
Obamas oder Joe Bidens — zu einem
Gefühl falscher Sicherheit verleiten. Die
USA sind sich ihrer eigenen Rolle in der
Welt längst nicht mehr sicher. Die Un-
berechenbarkeit Trumps wird zumindest
die nächsten drei Jahre die US-Politik
prägen und der Isolationismus der MAGA-
Bewegung wird dessen zweite Amtszeit
überdauern.

Dr. Marco Overhaus ist Stellvertretender Leiter der Forschungsgruppe Amerika.